



Laufbahnmarsch
Seite 8

Inhalt

Seite 3

Im Schnitt 318 Euro weniger Rente

Seiten 4-5

Meldungen

Seiten 6-7

Kalte Dusche erwartet

Seiten 8-9

Ein Marsch für den Wandel

Seite 10

Europäische Stahlindustrie am Scheideweg

Seite 11

Muskel-Skelett-Erkrankungen

Seiten 12-13

Studentenjobs: Gefahr für reguläre Beschäftigung?

Seiten 14-15

CNE-Info: Unbegrenzte Flexibilisierung der Arbeitszeit

Seite 16

Meldungen

Impressum

Anschrift der Redaktion:

CSC Info
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Redaktion:

Claudine Legros	Liliane Louges
Angela Mertes	Jochen Mettlen
Mike Mettlen	Maryline Weynand

Layout: Jessica Halmes

Druck:

Snel Grafics, Vottem

Herausgeber:

Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC)

Veröffentlichung:

VoG Visie in beweging

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

Öffnungszeiten & Kontakt

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...) kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail**

Montags bis donnerstags 8.30 - 12.30 Uhr und 13.30 - 16 Uhr
Freitags 8.30 - 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen Montags 8.30 - 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Im Schnitt 318 Euro weniger Rente

Die Rentenkürzungen von Minister Jambon führen dazu, dass betroffene Arbeitnehmer durchschnittlich 318 Euro pro Monat verlieren - ein Viertel ihrer Rente. Das zeigen neue Berechnungen des Föderalen Pensionsdienstes. Nicht nur der sogenannte „Rentenmalus“ verursacht Verluste, auch für jene, die bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten, drohen erhebliche Einbußen.

Auf Anfrage der Sozialpartner berechnete der Föderale Pensionsdienst die kumulative Wirkung der Maßnahmen: der Rentenmalus, die rückwirkende Begrenzung der gleichgestellten Zeiten auf maximal 20 % und die Verknüpfung der Mindestrente mit der Bedingung von 5.000 gearbeiteten Tagen. Die neuen Regeln wurden auf kürzlich pensionierte Arbeitnehmer angewendet, um eine objektive Einschätzung der Auswirkungen zu erhalten. Die Ergebnisse wurden dem Minister übermittelt.

Fazit: Längere Erwerbsbiografien führen im Durchschnitt zu niedrigeren Renten. „Kurzfristig sind etwa 30 % der Arbeitnehmer negativ betroffen, mit einem durchschnittlichen Verlust von 318 Euro pro Monat. Ein harter Schlag. Ihre Renten sinken deutlich unter die europäische Armutsgrenze, von durchschnittlich 1.390 auf 1.072 Euro pro Monat“, erklärt Anne Léonard, CSC-Nationalsekretärin.

Die Reform trifft vor allem Frauen

„Die Reform trifft vor allem Frauen: 70 % der Betroffenen sind weiblich. Auch die niedrigsten Renten sind stark betroffen: Bei den untersten 20 % der Renten sinkt die Rente bei 4 von 10 Personen. Wer keine Vollzeitlaufbahn ohne Unterbrechungen - oft aufgrund von Krankheit, Unfall oder unfreiwilliger Teilzeitarbeit - vorweisen kann, zahlt einen hohen Preis“, sagt die Gewerkschafterin.

44 % der frühzeitig pensionierten Betroffenen sind (langfristig) arbeitsunfähig. Doch die Verluste entstehen nicht nur durch den „Jambon-Malus“. Auch wer bis zum Rentenalter arbeitet, erleidet erhebliche Einbußen. Die zukünftige Begrenzung der gleichgestellten Zeiten auf 20 % hat großes Potenzial für negative Auswirkungen.

Die Regierung behauptet, „tatsächliche Arbeit aufzuwerten“, trifft aber auch Arbeitnehmer mit langjähriger Berufserfahrung: Vollzeitbeschäftigte, die wegen Krankheit oder Arbeitsunfall knapp die 35 Jahre nicht erreichen; Arbeitnehmer in progressiver Wiedereingliederung oder mit einer Einkommensgarantiezulage; Beschäftigte mit besonderem Statut wie Künstler oder Tagesmütter.

Unvorhersehbare Folgen

Die Gewerkschaften weisen zudem auf rechtliche Probleme hin: Die rückwirkende Kürzung der gleichgestellten Zeiten verletzt das Prinzip der Rechtssicherheit. So werden viele Menschen mit unvorhersehbaren Fol-

gen konfrontiert, ohne Möglichkeit, ihre bisherige Laufbahn anzupassen. Die übermäßige Auswirkung auf Frauen birgt das Risiko direkter oder indirekter Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.

Die Gewerkschaften kritisieren die Inkonsequenz: Die Regierung begründet die Maßnahmen mit Budgetzwängen, untergräbt aber gleichzeitig die Finanzierung der sozialen Sicherheit und damit die Nachhaltigkeit der Renten.

Das Gleichgewicht ist verloren: Mehr als die Hälfte der Einsparungen bei den Renten wird an Unternehmen verteilt, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. „Für kommende Generationen wird nichts gesichert, außer, dass es niedrigere Pensionen geben wird. Schon jetzt beträgt die durchschnittliche Rente nur 48 % des letzten Lohnes, Belgien liegt damit deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Durch diese Eingriffe sinkt dieser Ersatzquotient bis 2070 um 9 %. Die Renten der nächsten Generationen werden abgebaut“, so Anne Léonard abschließend.



©stock.adobe.com

De Wever will Rentenbedingungen weiter verschärfen

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen schlägt Premierminister Bart De Wever (N-VA) vor, die Rentenbedingungen zusätzlich zum bereits stark umstrittenen Rentenmalus noch weiter zu verschärfen. Die CSC ist bestürzt über die Hartnäckigkeit, mit der der Premierminister immer wieder die einfachen Bürger ins Visier nimmt. Er will immer mehr Menschen um eine wohlverdiente Rente bringen, weil er davor zurückschreckt, seine eigenen Tabus infrage zu stellen. Das ist beispiellos.

Der CSC zufolge übersteigt der Wille des Premierministers, die Rentenbedingungen weiter zu verschärfen, die Vorstellungskraft. „Das Chaos und die Unsicherheit rund um die bereits vorgeschlagenen Rentenmaßnahmen sind enorm. Mehr als die Hälfte der Frauen in unserem Land wird vom Rentenmalus betroffen sein. Ist der Premierminister so blind, dass er noch eins draufsetzen will? Mehr als 100.000 Menschen gingen am Dienstag in Brüssel auf die Straße, um der Regierung friedlich und deutlich ihre Sorgen vor Augen zu führen“, erklärt Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin der CSC. „Es ist unverständlich, dass der Premierminister dafür blind und taub bleibt. Sind es wirklich diejenigen, die bereits mit den Schwierigkeiten des Lebens zu kämpfen haben, sei es Krankheit, Arbeitslosigkeit, der Druck, Berufs- und Familienleben zu vereinbaren oder ein Einkommen, das kaum mit den Lebenshaltungskosten Schritt hält, die der Premierminister dann auch noch bei der Rente bestrafen will?“

Einnahmen und Ausgaben kritisch überprüfen

Die CSC fordert den Premierminister dringend auf, sich um eine Reihe anderer Prioritäten zu kümmern, bevor er in das Leben der einfachen Bürger eingreift: eine echte Vermögenssteuer, eine Digitalsteuer für die Tech-Giganten sowie eine kritische und gründliche Analyse der Milliarden an Subventionen und öffentlichen Hilfen für Unternehmen.

Die Belgische Nationalbank hat mehrfach gezeigt, dass die Ausgaben für Wirtschaftshilfen viel zu hoch sind. Die Europäische Kommission fordert seit Jahren eine Reduzierung der Ausgaben für fossile Brennstoffe.

Wir müssen eine einfache Regel anwenden: Für jeden Lohn müssen Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, egal, ob es sich um eine Managementgesellschaft handelt oder nicht. Das Defizit wird schnell behoben sein, wenn wir diese Regel wieder anwenden.

Indexsprung bedeutet direkten Angriff auf die Kaufkraft

Neben einer weiteren Verschärfung der Rentenbedingungen hat Premierminister De Wever auch einen Indexsprung vorgeschlagen. Die CSC verurteilt diesen Vorschlag aufs Schärfste und sieht darin ein Zeichen tiefer Verachtung der Bürgerinnen und Bürger.

neralsekretärin der CSC. „Während viele Haushalte bereits Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen, sollen sie nun erneut Opfer bringen – und das, während Unternehmen erneut bevorzugt werden.“

Die CSC fordert stattdessen eine kritische Überprüfung ineffizienter Lohnsubventionen, wie beispielsweise bei der Einstellung eines ersten Arbeitnehmers (keinerlei Sozialabgaben des Arbeitgebers), die erhebliche Einnahmeverluste verursachen. Der Indexsprung wäre ein weiteres Geschenk an die Arbeitgeber, das die Löhne entwertet, obwohl diese schon stagnieren.

Verlust von 20.458 Euro netto für einen Medianlohn

Die Folgen für die Arbeitnehmer sind gravierend: Laut Berechnungen der CSC verliert ein 30-jähriger Arbeitnehmer mit einem Medianlohn von 3.500 Euro brutto bis zum Renteneintritt rund 20.458 Euro netto. Bei einem Bruttolohn von 2.000 Euro beläuft sich der Verlust auf 12.897 Euro netto. Diese Einbußen wirken sich auch negativ auf die Rentenhöhe aus.

Indem er ein so wichtiges Instrument wie den Index antastet, das die Kaufkraft der ganzen Bevölkerung gewährleistet, zeigt der Premierminister, wie weit er sich von der Lebensrealität der Menschen entfernt hat. Er kehrt den Bürgern den Rücken zu und sagt im Grunde: „Wir sparen. Seht zu, wie ihr klarkommt.“

„Ein Indexsprung bedeutet einen direkten Angriff auf die Kaufkraft der Bevölkerung“, erklärt Marie-Hélène Ska, Ge-



NMC kündigt Entlassung von 63 Mitarbeitern an

Der Schock sitzt tief in der NMC-Belegschaft nach der Ankündigung der Direktion, 63 Mitarbeiter - 47 Arbeiter, 13 Angestellte und 3 Kader - am Standort Eynatten mit seinen insgesamt 575 Beschäftigten entlassen zu wollen.

„Seit rund zwei Monaten gibt es Kurzarbeit bei NMC. Dass es aber so schnell zu einer Massenentlassung kommt, hat wohl kaum jemand erwartet“, erklärt CNE-Gewerkschaftssekretärin Vera Hilt.

Mittlerweile wurde bei NMC in Eynatten die Renault-Prozedur eingeleitet, die mit einer Informations- und Konsultationsphase beginnt. „Jetzt können die Arbeitnehmervertreter Fragen stellen und Alternativen vorschlagen, um die Entlassungen zu vermeiden bzw. die Anzahl zu reduzieren. Der Arbeitgeber muss seinerseits begründen, weshalb er eine Massenentlassung plant“, erklärt Vera Hilt. In der zweiten Phase geht es um die konkreten Verhandlungen und den Sozialplan.

Wenige Tage nach der Ankündigung fanden in Eynatten drei Personalversammlungen statt. „Das Interesse war natürlich sehr groß. Die NMC-Mitarbeiter haben uns eine Reihe Fragen zum Ablauf der Renault-Prozedur gestellt. Jetzt warten wir auf konkrete Angaben der NMC-Direktion, um die Belegschaft detailliert über den Umfang der Restrukturierung informieren zu können“, sagt Rebecca Peters, Gewerkschaftssekretärin der CSC Bau-Industrie und Energie.



Recht auf nicht-digitalen Zugang: ein großer Sieg

Das Verfassungsgericht stimmt der CSC Brüssel zu: Die Verwaltungen müssen ein Mindestmaß an nicht-digitalem Zugang zu ihren Diensten gewährleisten.

Nach einem unermüdlichen Kampf der Brüsseler Zivilgesellschaft gegen die Auswüchse des „rein digitalen“ Ansatzes entschied das Verfassungsgericht Ende September zugunsten der CSC Brüssel und der 23 anderen angeschlossenen Organisationen. In seinem Urteil Nr. 126/2025 hat das Gericht das Recht auf Nicht-Digitalisierung verankert und somit verboten, Bürgerinnen und Bürgern durch die Digitalisierung von Dienstleistungen auszuschließen. Ein solcher Ausschluss hätte katastrophale Folgen haben können: 36 % der Brüsseler Bevölkerung sind „digital schwach“, und dieser Anteil steigt auf 70 % bei gering qualifizierten Personen.

Menschlicher Zugang ist eine Pflicht

Die Kläger beanstandeten die Schwächen der Verordnung „Digitales Brüssel“ vom 25. Januar 2024, welche die Abschaffung nicht-digitaler Dienstleistungen ermöglichte. Das jetzige Urteil ist eindeutig: Das Verfassungsgericht bestätigt, dass der Zugang zur Verwaltungen zwingend durch drei ku-

mulative Mindestgarantien gewährleistet sein muss: durch den Schalter vor Ort (persönlicher Empfang), den Telefondienst und den Postweg. Das Gericht stellt klar, dass sich Verwaltungen nicht mehr auf eine „unverhältnismäßige Belastung“ berufen können, um diese drei nicht-digitalen Zugangswege abzuschaffen. Wenn eine Verwaltung eine Alternative anbieten möchte, so muss diese mindestens ein gleichwertiges Dienstleistungsniveau gewährleisten.

Ein wichtiger Sieg

Die Mobilisierung der CSC Brüssel und der Vereinigungen erfolgte unter dem Slogan „Der Mensch zuerst!“. Dieser Slogan ist nun zu einer verbindlichen Rechtsnorm geworden, die von der Region und den Gemeinden einzuhalten ist. Der Zugang zu Schaltern und Telefondiensten ist in der Tat eine Frage der Gleichheit und des Zugangs zu Grundrechten, insbesondere für Arbeitnehmer und Bürger in prekären oder digital schwachen Situationen.

Da das Gesetz nun klar ist, muss es jetzt auch vor Ort angewandt werden. Die CSC Brüssel und ihre Partner fordern die Gemeinden auf, das Gesetz einzuhalten und die Zugänglichkeit der Verwaltungen über Schalter vor Ort, hochwertige Telefondienste und den Postweg konkret zu verbessern.

Kalte Dusche erwartet



Kaum hat das politische Jahr begonnen, kündigt der Premierminister bereits neue Maßnahmen an, um das Defizit unter den von Europa geforderten 3 % zu halten. Der Slogan „Alle müssen sich anstrengen“ dient vor allem dazu, die Opfer auf die Schwächsten abzuwälzen.

Von Anfang an war der Haushalt zerbrechlich und kaum tragfähig. Unrealistische Renditeerwartungen sollen bis 2029 die Rettung bringen, doch die Zahlen stimmen schon jetzt nicht mehr. Die gegensätzlichen wirtschaftlichen Strömungen, die mit der unvorhersehbaren Handelspolitik der Vereinigten Staaten und der plötzlichen Großzügigkeit der Regierung gegenüber der Armee zusammenhängen, können nicht länger ignoriert werden. Diese Entwicklungen widerlegen die Fiktion, dass die Senkung des Einkommens und der Arbeitsplatzsicherheit der Bürger die Wirtschaft ankurbeln würde.

Je nach Quelle sind zusätzliche Einsparungen von 8 bis 10 Milliarden Euro nötig. Georges-Louis Bouchez, Präsident des MR, schlägt sogar 20 Milliarden vor... Zu den diskutierten Maßnahmen gehören: ein Indexsprung, eine Erhöhung des Eigenanteils bei medizinischen Leistungen, ein langsames Wachstum der Gesundheitsausgaben, eine strengere Kontrolle von Langzeitkranken und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Gleichzeitig führen frühere Regierungsentscheidungen bis 2029 zu einem Einnahmeverlust von mindestens 8 Milliarden Euro. Statt die Ausgaben

zu kürzen, wäre es sinnvoller, sich auf die Einnahmen zu konzentrieren.

Im Sommerabkommen hat die Regierung erste Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes vorgestellt, den sie „flexibilisieren“ möchte, sowie neue Rentenmaßnahmen, die darauf abzielen, den Vorruhestand finanziell unattraktiv zu machen. Beide Maßnahmenpakete wurden dem Nationalen Arbeitsrat (NAR) bzw. der Leitung des Föderalen Pensionsdienstes zur Stellungnahme übermittelt. Beide Stellungnahmen liegen nun vor, und jetzt ist die Regierung am Zug. Die Stellungnahme des Staatsrats zu beiden Dossiers wird bis Ende des Jahres erwartet.



Die Regierung organisiert eine Form des Sozialdumpings.

Länger arbeiten

Hinsichtlich der Renten unterstützen die Arbeitgeber die gewerkschaftliche Position, dass das Sozialabkommen zum Laufbahnende eingehalten werden muss. Darüber hinaus konnte kein Konsens erzielt werden.

Es sei darauf hingewiesen, dass es laut dem föderalen Pensionsdienst technisch und rechtlich unmöglich ist, die vorgeschlagenen Maßnahmenpakete ab Januar 2026 umzusetzen. Doch das scheint keine politische Priorität mehr zu sein. Wie auch entschieden wird, 2026 droht Chaos.

Die vorgestellten Maßnahmen betreffen drei Schwerpunkte: Verschärfung der Arbeitsbedingungen, ein Rentenmalus und neue Bedingungen für den Zugang zur vorgezogenen Rente.

Beispielsweise soll die Definition eines Berufsjahres rückwirkend auf 156 gearbeitete oder gleichgestellte Tage geändert werden. Diese Rückwirkung verstößt gegen die Grundsätze des Vertrauens und der Rechtssicherheit und macht es den Arbeitnehmern unmöglich, die Auswirkungen ihrer beruflichen Entscheidungen korrekt einzuschätzen.

Die Einführung eines Rentenmalus trifft vor allem Teilzeitbeschäftigte, Frauen und Menschen in körperlich belastenden Berufen. Der Vorruhestand mit 63 Jahren könnte zu einem Verlust von bis zu 20 % der Rente führen. Dieser Malus kommt zur Korrektur wegen unvollständiger Laufbahn hinzu und macht die vorgezogene Rente zu einem Luxusprodukt. Die vom Staat ausgearbeitete Korrektur wegen Krankheit lässt sehr zu wünschen übrig: Arbeitnehmer, die nach einer Krankheit schrittweise wieder die Arbeit aufnehmen, werden stärker bestraft als jene, die komplett arbeitsunfähig bleiben. Zudem wird das erste Berufsjahr nicht richtig angerechnet, was junge Menschen davon abhält, früh ins Berufsleben einzusteigen.

Auch die Maßnahme zur Begrenzung der Gleichstellungen ist noch zu definieren. Ab 2031 will die Regierung die Zahl der gleichgestellten Tage auf 20 % der Karriere begrenzen. Pflegeurlaub und Krankheitszeiten wären ausgeschlossen. Unter den 20 % mit den niedrigsten Einkommen würden 42 % der Arbeitnehmer Rentenansprüche verlieren. Besonders betroffen wären prekäre Karrieren, Teilzeitkräfte und Langzeitkranke.

Abbau von Arbeitnehmerrechten

Die geplanten arbeitsrechtlichen Reformen liegen derzeit dem Nationalen Arbeitsrat zur Stellungnahme vor. Mit den Arbeitgebern konnte kein Konsens erzielt werden. Einige Punkte schienen noch verhandelbar, doch Arbeitsminister David Clarinval (MR) blockierte eine Fristverlängerung und verhinderte damit das Weiterkommen.

Die Gewerkschaften kritisieren den organisierten Abbau durch die Regierung, da die Gesetzesvorschläge den Schutz der Arbeitnehmer verringern. Vorgeschlagen werden Maßnahmen zur Mindestarbeitszeit und zur Nachtarbeit.

Zudem würden die Arbeitgeber gern 503 bis 594 Stunden freiwillige Überstunden ohne Ausgleichsruhe pro Jahr erlauben, bei gleichbleibenden Steuervergünstigungen. Sie wollen auch die Ausnahmen für Nachtarbeit auf mehrere paritätische Kommissionen ausweiten (PK 202.01, 119, 100 und 200, 140.03 und 149.04) und die Gewerkschaften umgehen, um Abendarbeit ohne Nachtarbeit einzuführen.

Der Arbeitsminister schlägt außerdem die Wiedereinführung der Probezeit vor: Die Kündigungsfrist soll in den ersten sechs Monaten auf eine Woche begrenzt werden. Die Arbeitgeber sind sich in diesem Punkt uneinig, was die Stellungnahme blockiert. Schließlich verdient der Vorschlag zur Jahresarbeitszeit, den die CSC als Absurdität bezeichnet, zumindest eine gründliche Debatte.

Mindestlohn, Flexi-Jobs,...

Die Arbeitgeber weigern sich, die Vereinbarung zum Mindestlohn einzuhalten, obwohl eine dritte Erhöhung um 35,70 Euro brutto, d.h. etwa 50 Euro netto dank gleichzeitiger Erhöhung der Beschäftigungsprämie, vorgesehen ist.

Die Ausweitung des Flexijob-Systems wurde positiv bewertet und befindet sich nun in zweiter Lesung. Laut aktuellen Zahlen gibt es bereits 180.000 Flexi-Jobber pro Quartal. Obwohl der Staatsrat das System als staatliche Beihilfe einstufen könnte, hält das Kabinett Jambon daran fest. Die Unsicherheit über die Verlängerung bestehender Opt-out-Regelungen zeigt, wie wenig Respekt diese Regierung gegenüber Vereinbarungen in kollektiven Abkommen hat.

Schließlich wurde das Gesetz zur Wiedereingliederung von Langzeitkranken in zweiter Lesung angenommen und liegt dem Parlament vor. Erste Maßnahmen zur Verantwortungsübernahme werden am 1. Januar in Kraft treten, mit möglichen Ergänzungen im nächsten Haushaltszyklus.



© stock.adobe.com

24/11 Info Arbeitslose

Sie sollen Ihr Arbeitslosengeld verlieren oder kennen jemanden, der betroffen ist? Kommen Sie zu unserer Informationsversammlung am 24. November um 14 Uhr in der CSC Eupen.

02/12: „Die Demokratie - Engagiert oder resigniert?“

Wie schützen wir unsere Demokratie vor Machtmissbrauch und extremen politischen Strömungen? Wie kann man Desinformation bekämpfen? Was sind qualitative Informationen? Diesen Fragen geht Referent François Letocart, Dozent an der Autonomen Hochschule Ostbelgien, am 2. Dezember in der CSC Eupen nach. Er wird die Teilnehmer auch testen, ob sie Demokratie müde oder begeistert sind. Spiele und Videos werden das Ganze auflockern. François Letocart versteht es, drängende Themen unserer Zeit spannend und greifbar zu veranschaulichen. Der Themenabend beginnt um 18:30 Uhr und richtet sich an alle Interessierten. Anmeldungen erwünscht unter susanne.niessen@acv-csc.be.

Preisträger Wohlbefinden am Arbeitsplatz

Wenn Sie sich als Delegierter aktiv für die Verbesserung des Wohlbefindens der Arbeitnehmer eingesetzt haben, können Sie sich um den Titel „Be.Krown - Preisträger der Arbeit“ bewerben. Das „Royal Work Honors Institute“ (ehemals „Kgl. Institut der Arbeitseliten“) hat ein neues Verfahren zur Erlangung dieses Titels gestartet. Sie müssen lediglich das Online-Formular auf www.bekrown.be/inscription ausfüllen (in Französisch). Die Bewerbungen müssen bis spätestens 31. Dezember 2025 eingereicht werden. Durch diesen Titel wird der Wert Ihres Engagements anerkannt. Er ist eine Ehrenausszeichnung, die auch Ihr berufliches Umfeld inspirieren kann.



Ein Marsch für den Wandel

Der Laufbahnmarsch versammelte mehr als 120.000 Menschen auf den Straßen von Brüssel. Kann sich die Regierung angesichts dieser massiven Mobilisierung weiterhin taub stellen?

Die Regierung hatte machbare Arbeit und mehr verfügbares Einkommen versprochen. Aber angesichts der mehr als 120.000 Demonstranten, die am 14. Oktober durch die Brüsseler Straßen zogen, ist Arizona noch weit vom Ziel entfernt. Die Demonstranten, die aus allen Teilen Belgiens angereist waren, forderten insbesondere gerechtere Löhne und fairere Renten.

Die Zukunft verbessern

Diese Demonstration war zweifellos zukunftsorientiert. Ein „Jugendblock“, der sich am Anfang des Umzugs aus der Jung-CSC und Jugendlichen anderer Gewerkschaften aus dem Norden und Süden des Landes gebildet hatte, brachte dies mit einer einstimmigen Botschaft zum Ausdruck. „Als junge Gewerkschafter lehnen wir das Gesellschaftsprojekt der Arizona-Regierung ab, die die Arbeitswelt und die

Solidarität missachtet und vorgibt, für die Zukunft der Jugendlichen zu handeln. Wir fordern ehrgeizige politische Maßnahmen und Mittel für die Jugend. Warum? Weil die Arizona-Regierung die Zukunft der Jugend zerstört!“ Diese Ansicht teilen auch viele Senioren, die wie Michel dabei waren, um der Regierung ihre Meinung zu sagen. „Finger weg von der sozialen Sicherheit! Diese Maßnahmen betreffen uns alle. Die Arbeitnehmer und die derzeitigen Rentner müssen Solidarität zeigen. Es ist absolut unmoralisch und undenkbar, dass wir diesen sozialen Rückschritt erleben, sollten die Maßnahmen der Regierung tatsächlich umgesetzt werden“, erklärte er. Ähnlich sieht es Jean Marc, der in einem Holzverarbeitungsbetrieb arbeitet: „Unsere Urgroßeltern haben für Errungenschaften gekämpft, die die Regierung jetzt abschafft. Wir werden länger arbeiten müssen, um weniger Rente zu bekommen. Ich bin mit meinen Enkelkindern hier, die bald ins Berufsleben einsteigen werden: Wir müssen für sie kämpfen.“

Mangel an Respekt

Der mangelnde Respekt der Regierung gegenüber den Arbeitnehmern wird ebenfalls von zahlreichen Demonstranten kritisiert. So auch von Koffi Augustin, der im Lebensmittel-

sektor arbeitet. „Wir tragen zur Wirtschaft bei“, erklärte er. „Wir wollen eine angemessene Anerkennung und eine Arbeit, die machbar ist bis zur Rente, die ebenfalls angemessen sein muss. Von den Menschen werden Anstrengungen verlangt, und diese Anstrengungen müssen verteilt werden.“ Romina, eine Stahlarbeiterin, die zu diesem Anlass aus Herstal angereist ist, richtet einen Appell an die Minister: „Sie sollten mal einen Tag in der Fabrik arbeiten. Dann würden sie feststellen, dass harte Arbeit etwas anderes ist, als für 10.000 Euro im Monat an einem Schreibtisch zu sitzen.“

„Wir hatten angekündigt, dass wir uns für Veränderungen einsetzen würden“, erklärte Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin der CSC. „Jetzt sagen wir: Es muss sich etwas ändern! Von Beginn bis zum Ende der beruflichen Laufbahn haben wir eine unausgewogene Politik. Wir fordern Ausgewogenheit. Und der Regierung, die nach Milliarden Euro sucht, sagen wir: Man kann nicht ernsthaft behaupten, man habe ein Haushaltsproblem, wenn man über Nacht 35 Milliarden Euro für den Kauf von Rüstungsgütern findet. Diese Doppelmoral ist inakzeptabel.“

„Arizona-Regierung zerstört Zukunft der Jugend“

2.000 Jugendliche der Jung-CSC und der Jugendorganisationen der anderen Gewerkschaften bildeten bei der Demo den Block „Vereinte Jugend“, um eine starke Botschaft an die Politik zu richten. Denn die Arizona-Regierung behauptet, im Interesse der Jugend und zukünftiger Generationen zu handeln. Und doch ergreift sie unangemessene Sparmaßnahmen, die deren Zukunft gefährden.

Ihre gemeinsame Aussage: „Als junge Menschen lehnen wir das Gesellschaftsmodell der Arizona-Regierung ab, ein Modell, das die Arbeitswelt und die Solidarität missachtet und vorgibt, im Interesse der Jugend zu handeln. Wir fordern ambitionierte politische Ansätze und Mittel für die Jugend. Warum? Weil die Arizona-Regierung die Zukunft der Jugend zerstört!“

Thibault Flips ist 23 Jahre alt, Militant bei der Jung CSC und im dritten Bachelorjahr an der ULB. Ihn werden die neuen Maßnahmen besonders hart treffen. Nach zwei Jahren Biologiestudium hat er sich für ein Psychologiestudium entschieden. Er wird über 25 sein, wenn er sein Studium abschließt, und keinen Anspruch auf Berufseingliederungsgeld haben. Während der Arbeitssuche wird er sich wahrscheinlich für seinen Lebensunterhalt an ein bereits überlastetes Öffentliches Sozialhilfzentrum wenden müssen.

Trotz seiner Motivation gilt er heute als nicht finanzierungsfähiger Student. Eine Ausnahmeregelung erlaubt ihm, weiter zu studieren, doch die Unsicherheit bleibt: „Wenn die ULB nächstes Jahr jemand anderen finanzieren möchte, habe ich 160 von 180 Credits meines Bachelors umsonst studiert. Währenddessen begrenzt die Regierung das Arbeitslosengeld für junge Menschen zwischen 21 und 25 Jahren auf ein Jahr. Die Arbeitsverträge sind prekär, das Kontingent der erlaubten Studentenarbeit explodiert (650 Stunden), und das Studium wird sowohl in der Föderation Wallonie-Brüssel als auch in Flandern immer elitärer. Und

wenn wir unseren Unmut und unsere Sorgen äußern, werden wir mit Wasserwerfern und Schlagstöcken empfangen. Das ist mehr als beunruhigend, die Zukunft ist völlig ungewiss“, sagt Thibault Flips.

„Nicht alle haben im Hochschulwesen die gleichen Erfolgschancen. Viele Studenten müssen während des Jahres, in der Prüfungszeit oder sogar während der Prüfungen jobben, um Miete, Essen oder Studienmaterial zu bezahlen und verpassen dadurch ganze Kurse und Prüfungen. Die Zustände in den Hörsälen und Klassenzimmern der Föderation Wallonie-Brüssel (FWB) sind beklagenswert. In einem der größten Hörsäle der ULB tropft es bei Regen durch die Decke. Und im Flur hängt ein Zettel an einer großen Falltür mit der Warnung „Nicht öffnen - Asbest“. Am Königlichen Musikkonservatorium Brüssel ist ein Klavier in ein - zum Glück leeres - Klassenzimmer ein Stockwerk tiefer gestürzt“, so der Student.

„Gleichzeitig hat die Regierung der FWB die Erfolgskriterien verschärft und beschlossen, die Studiengebühren zu erhöhen. Die flämische Regierung spricht davon, die Stipendien für 20.000 Studenten zu streichen. Aber die föderale Regierung verteilt Milliarden geschenke an Großunternehmen. Schluss damit! Es gibt Alternativen. Wir wollen ein anderes Gesellschaftsmodell. Es ist höchste Zeit, in Frieden, Klima, Jugend, Menschen und hochwertige Arbeitsplätze zu investieren.“



2.000 Jugendliche bildeten bei der Demo den Block „Vereinte Jugend“, um eine starke Botschaft an die Politik zu richten.

Die europäische Stahlindustrie am Scheideweg

Die Unterstützung Europas ist von entscheidender Bedeutung, um Arbeitsplätze zu retten und industrielle Wertschöpfungsketten im Stahlsektor zu erhalten. Die CSC Metea übt Druck auf die Europaabgeordneten aus.



Eine Delegation begab sich zum Hauptsitz von Les Engagés, um den Parteivorsitzenden zu treffen.

Die europäische Stahlindustrie befindet sich in einer existenziellen Krise. Die Kapazitätsauslastung sank im Jahr 2023 auf 58 %, und massive Billigimporte schaden der Branche. Wie überall in Europa sind jetzt in Belgien Tausende von Arbeitsplätzen direkt gefährdet.

Angesichts dieser alarmierenden Beobachtung haben Arbeitnehmervertreter die Politiker sowohl auf europäischer als auch auf belgischer Ebene aufgefordert, in dieser Angelegenheit tätig zu werden. Am 7. Oktober stellte die Europäische Kommission dem Parlament ihren Plan zur Rettung der europäischen Industrie vor.

Schutz der europäischen Industrie

Eine Delegation von IndustriALL Europe mit Vertretern der CSC Metea traf Stéphane Séjourné, den geschäftsführenden Vizepräsidenten und ver-

antwortlich für die Industriestrategie, um ihre Forderungen vorzustellen. Dazu gehören unter anderem ein reduziertes Zollkontingent⁽¹⁾, um eine Kapazitätsauslastung von nahezu 85 % zu erreichen, eine deutliche Anhebung der Zölle außerhalb des Kontingents über die derzeitigen 25 % hinaus, die strikte Anwendung der „Schmelz und Guss“-Regel, die darauf abzielt, Importeure an der Umgehung von Antidumpingmaßnahmen zu hindern und so die Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten, usw.

Die Delegation erinnerte auch daran, wie dringend es ist, angesichts des unlauteren Wettbewerbs aus Asien und der von den Vereinigten Staaten auferlegten Zölle einen neuen Rahmen für den Schutz der europäischen Stahlindustrie zu schaffen und die Verteidigungsfähigkeit angesichts der Bedrohung, zu der Russland geworden ist, zu stärken.



„Wir stehen an einem Scheideweg.
Wir rufen zu politischem Mut auf.“

Die Dringlichkeit eines klaren Rahmens

Um Druck auf die Europaabgeordneten auszuüben, begab sich am 3. Oktober eine Delegation der CSC Metea zum Sitz von Les Engagés. Sie unterbreitete Yvan Verougstraete, dem Parteivorsitzenden und Vizepräsidenten des Ausschusses für Industrie und Energie des Europäischen Parlaments, ihre Forderungen für einen europäischen Stahlplan und forderte ihn auf, als Europaabgeordneter Verantwortung in dieser Frage zu übernehmen. Yvan Verougstraete schloss sich dem Standpunkt der Gewerkschaften in dieser Frage an und bekräftigte die Dringlichkeit einer klaren Strategie für Europa auf industrieller Ebene und insbesondere in der Stahlindustrie.

Für Lahoucine Ourhibel, Generalsekretär der CSC Metea, „stehen wir an einem Scheideweg. Entweder schützt Europa seine Stahlindustrie und seine Arbeiter, oder es akzeptiert seinen schrittweisen Abbau zugunsten der weltweiten Überkapazitäten. Wir fordern die belgische Regierung und die Europäische Union auf, sich für politischen Mut und industrielle Kohärenz zu entscheiden.“

⁽¹⁾ Eine begrenzte Menge von Waren, die für einen bestimmten Zeitraum zu einem ermäßigten oder Null-Zolltarif importiert oder exportiert werden können, A.d.R.

Muskel-Skelett-Erkrankungen: Stille Epidemie am Arbeitsplatz

Der Oktober wurde zum „Internationalen Monat der Ergonomie“ erklärt. Eine ideale Gelegenheit, um auf eine der am weitesten verbreiteten Berufskrankheiten aufmerksam zu machen: Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE). Diese Beschwerden sind die Ursache für einen großen Teil der langfristigen krankheitsbedingten Abwesenheiten. In Belgien geben mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer an, unter Rücken-, Nacken- oder Schulterschmerzen zu leiden. Dennoch bleiben MSE allzu oft unbemerkt, da sie schleichend auftreten und häufig als individuelles Problem angesehen werden.

Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) umfassen alle Schmerzen, die Muskeln, Sehnen, Gelenke, Knochen, Bänder und Nerven betreffen. Diese Schmerzen können akut sein, wie eine plötzliche Rückenverletzung, oder chronisch, wie anhaltende Nackenschmerzen. Ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben sind erheblich: Schmerzen, eingeschränkte Mobilität, Müdigkeit und psychische Beschwerden. Am Arbeitsplatz führen MSE zu Leistungseinbußen, Fehlzeiten und manchmal zu dauerhaften Arbeitsausfällen.

„MSE BLEIBEN VIEL ZU OFT UNBEMERKT, DA SIE HÄUFIG ALS INDIVIDUELLES PROBLEM ANGESEHEN WERDEN.“

Muskel-Skelett-Erkrankungen entstehen häufig durch schlechte Arbeitsbedingungen, wie repetitive Tätigkeiten, langes Sitzen oder Stehen, hohe Arbeitsbelastung, fehlende Pausen und mangelnde ergonomische Unterstützung. Auch soziale Faktoren spielen eine Rolle. Das Rentenalter steigt, was dazu führt, dass mehr ältere Arbeitnehmer mit körperlichen Beschwerden länger arbeiten müssen.

Im Vergleich zu früher sind heute mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt aktiv, oft jedoch in körperlich anspruchsvollen Arbeitsumgebungen,

wie im Pflege- und Dienstleistungssektor. Die Folge: Seit 2009 hat sich die Zahl der Langzeiterkrankten verdoppelt und liegt bei etwa einer halben Million. 66 % dieses Anstiegs betreffen die Altersgruppe ab 50 Jahren, und in 70 % der Fälle handelt es sich um Frauen.

Neue Gesetzgebung seit Mai 2024

Am 25. Mai 2024 trat eine bedeutende Reform in Kraft: Neue Vorschriften zur Ergonomie und zur Prävention von Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) wurden in den belgischen „Kodex für Wohlbefinden am Arbeitsplatz“ aufgenommen. Arbeitgeber werden dazu angehalten, einen präventiven und strukturierten Ansatz gegenüber MSE zu verfolgen und stärker in ergonomische Maßnahmen zu investieren.

Konkret müssen Arbeitgeber folgende Aufgaben erfüllen:

- Risikobewertungen;
- Präventionsmaßnahmen;
- Anpassung der Arbeit an die Beschäftigten;
- Schulung und Information.

Zur Einhaltung dieser Vorschriften kann der Arbeitgeber auf den internen Präventionsberater sowie auf spezialisierte externe Präventionsberater für Ergonomie zurückgreifen.

Auch Stress spielt eine Rolle

MSE sind nicht nur ein physisches Problem. Psychosoziale Faktoren wie Stress erhöhen das Risiko für Schmerzen und Beschwerden. Stress ist daher nicht nur eine Folge psychischer Belastung, sondern auch ein physischer Risikofaktor. Wie bei körperlicher Belastung liegt die Lösung in der primären Prävention: Maßnahmen ergreifen, um Stress am Arbeitsplatz zu vermeiden.

Es ist Zeit für echte Prävention

Die neue Gesetzgebung ist ein bedeutender Fortschritt, aber ihre Wirksamkeit hängt davon ab, wie Unternehmen sie umsetzen und wie aufmerksam die Arbeitnehmervertreter sind.

Es ist dringend notwendig, eine Politik zu entwickeln, die auf Prävention und Wohlbefinden ausgerichtet ist.

Wer durch seine Arbeit krank wird, verdient Anerkennung, Unterstützung und eine würdevolle Wiedereingliederung.

Muskel-Skelett-Erkrankungen sind kein individuelles Problem, sondern eine kollektive Herausforderung. Gehen wir sie gemeinsam an.



STUDENTENJOBS: GEFAHR FÜR DIE REGULÄRE BESCHÄFTIGUNG?

Seit dem 1. Januar 2025 dürfen Studenten bis zu 650 Stunden pro Jahr arbeiten. Das entspricht etwa einem Drittel einer Vollzeitstelle.

Studentenjobs werden oft als Chance dargestellt: als eine Möglichkeit für junge Menschen, etwas Geld zu verdienen, die Arbeitswelt zu entdecken und ihr Studium zu finanzieren. Doch hinter diesem positiven Bild verbirgt sich eine besorgniserregende Realität: ein schleichender Übergang vom Studentenjob hin zu einer strukturellen Prekarisierung des Arbeitsmarktes. Und eine Verlagerung von regulärer Beschäftigung hin zu Studentenarbeit, Interimarbeit oder Flexi-Jobs.

Doch wie sieht es wirklich aus? Machen Studenten den regulären Arbeitskräften Konkurrenz? Und gefährdet ihre Arbeit tatsächlich feste Arbeitsplätze?



Bernard Dessy,
nationaler Verantwortlicher der Jung-CSC

„Das ist keine Ergänzung mehr, sondern ein Ersatz“

„Mit der Anhebung des Kontingents auf 650 Stunden pro Jahr hat die Regierung eindeutig beschlossen, die Flexibilitätsbedürfnisse der Arbeitgeber zu erfüllen“, analysiert Bernard Dessy.

Eine der Folgen dieser Maßnahme ist, dass in bestimmten Sektoren wie dem Einzelhandel immer häufiger Studentenverträge feste Arbeitsverträge ersetzen. Junge Menschen werden zu billigen, formbaren Arbeitskräften, die abends und am Wochenende verfügbar sind. Das ist keine Ergänzung mehr, sondern ein Ersatz.

Diese Konkurrenz unter den Arbeitskräften führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsrechte und -bedingungen. Sie normalisiert ein ultra-flexibles Arbeitsverhältnis ohne soziale Absicherung, ohne Rentenanspruch, ohne Arbeitsplatzsicherheit. Und sie gefährdet die solidarische Finanzierung unserer sozialen Sicherheit.

Junge Menschen dazu drängen, immer mehr zu arbeiten, ist nur scheinbar eine gute Idee, denn sie verstärkt soziale Ungleichheiten. Studenten aus einkommensschwachen Familien müssen arbeiten, um zu überleben – oft auf Kosten ihres Studiums.

Der Studentenjob wird dann zur falschen Antwort auf eine echte Frage: Wie kann jedem jungen Menschen ermöglicht werden, sich unter guten Bedingungen zu bilden? Anstatt es den Unternehmen zu überlassen, das Problem der Prekarität von Studenten

anzugehen, sollte die Regierung andere Hebel in Bewegung setzen: Studienbörsen, bezahlbare Unterkünfte, zugänglicher öffentlicher Verkehr, günstige Mahlzeiten...

Wir schlagen einen gefährlichen Weg ein, nämlich in die entgegengesetzte Richtung jener Politik, die in der Vergangenheit dazu beigetragen hat, Kinderarbeit einen Riegel vorzuschieben.

Wir, die Jung-CSC, sind nicht gegen Studentenarbeit. Aber wir lehnen ab, dass sie zu einem Instrument der Prekarisierung wird. Wir setzen uns für die Schaffung eines echten Statuts für arbeitende Studenten ein – mit Sozialbeiträgen, die den Zugang zu Arbeitslosengeld, Rente und Urlaub ermöglichen. Wir fordern auch ein Ende der Lohndiskriminierung für unter 21-Jährige: gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Und schließlich wollen wir, dass die Beträge der Studienbörsen angehoben und die Gewährungsbedingungen ausgeweitet werden.

Studentenarbeit darf kein Einstieg in die Prekarität sein. Sie muss geregelt, kontrolliert und in eine umfassende Vision sozialer Gerechtigkeit für junge Menschen eingebunden werden.





**Benjamin Moest, Verantwortlicher des
Hotel- und Gaststättengewerbes im
Studiendienst der CSC Nahrung & Dienste**

„Im Horeca-Sektor muss relativiert werden“

„Angesichts des starken Anstiegs der Anzahl Studenten in dieser Branche könnte man meinen, dass feste Arbeitskräfte allmählich durch arbeitende Studenten ersetzt werden“, antwortet Benjamin Moest. „Aber gleichzeitig bleibt das Volumen der festen Arbeitskräfte trotz des Booms bei den Studenten stabil.“

Die Zahl der Jobstudenten im Horeca-Sektor hat sich in sechs Jahren fast verdoppelt: von 60.000 im Jahr 2018 (18 Millionen Stunden) auf 102.000 im Jahr 2024 (30,7 Millionen Stunden). Ihre durchschnittliche Jahresarbeitszeit stieg von 280 auf über 300 Stunden. Auch die Zahl der Arbeitgeber, die Studenten beschäftigen, ist gestiegen: von 11.500 im Jahr 2018 auf 14.800 im Jahr 2024, hauptsächlich in Restaurants und Fast-Food-Ketten.

Trotz dieses Wachstums bleibt die Zahl der festen Arbeitskräfte stabil – bei etwa 120.000 (80.000 Vollzeitäquivalente). In bestimmten Teilbereichen wie Catering oder Ferienzentren (z.B. Sunparks) sind Studenten vor allem im Sommer präsent. Doch in Fast-Food-Ketten, Bars und Restaurants sind sie mittlerweile ganzjährig Bestandteil des Geschäftsmodells aufgrund ihrer Flexibilität, der geringeren Kosten, aber auch wegen des Mangels an festem Personal.

In der Realität hätten Arbeitgeber lieber ein festes Basisteam, das durch Studenten, Flexi-Jobber oder Interimarbeitnehmer ergänzt wird, doch sie finden nur schwer Personal. Folglich setzen sie auf Studenten, die inzwischen für das Funktionieren und die Entwicklung des Sektors unverzichtbar geworden sind.

Daher versuchen Arbeitgeberorganisationen, die Kosten für Studentenarbeit noch

weiter zu senken. Bei den letzten Verhandlungen haben sie eine vorübergehende (für ein Jahr geltende) Senkung des Lohns für 18- bis 20-Jährige um 10 % von zuvor 100 % erreicht.

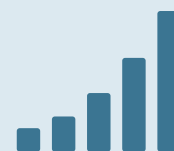
Sie rechtfertigen dies damit, dass Studenten kaum Sozialabgaben zahlen und deshalb manchmal mehr verdienen als Festangestellte, was eine Form der Diskriminierung darstelle. Die Arbeitgeber wollen erneut Druck machen, doch für die CSC ist das eine rote Linie. Ihrer Ansicht nach besteht die Lösung darin, Studenten soziale Ansprüche aufgrund regulärer Sozialbeiträge (was zwar den Nettolohn senkt, aber z.B. Rentenansprüche schafft) zu gewähren oder alternativ die Löhne der Festangestellten zu erhöhen. Aber keinesfalls, indem die Löhne der Studenten reduziert werden.

Angesichts der Bedingungen im Sektor (niedrige Löhne, flexible Arbeitszeiten, Abend- und Wochenendarbeit, unterbrochener Dienst) spüren die Arbeitgeber deutlich, dass es sehr schwierig wird, reguläre Arbeitskräfte zu finden. Ihre Lösung besteht darin, Studenten einzustellen. Aber einige Arbeitgeber haben erkannt, dass sie ihre Festangestellten besser behandeln müssen, um sie zu halten – etwa indem sie ihnen Abende und Wochenenden freigeben. Diese Anpassung ist notwendig, um ein erfahrenes Team zu erhalten und nicht ausschließlich von Studenten abzuhängen.

€

13,31

Studenten verdienen im
Schnitt 13,31 Euro/Stunde.



500

42,5 % der Jobstudenten
arbeiten über 200 Stunden
pro Jahr und 12,5 % mehr
als 500 Stunden.
(Quelle: Studie 2024–2025
des Laboratoire d'analyse
sociologique du travail
étudiant)



363.152

Das Arbeitsvolumen in
bezahlten Stunden betrug
24.070.019.
(Quelle: LSS –
Vierteljährliche Statistik
der Studenten)

Unbegrenzte Flexibilisierung der Arbeitszeit

Die Arizona-Regierung behauptet, dass sie „das Arbeitsrecht modernisiert“. Aber es ist nichts Innovatives an ihren Vorschlägen. Die Regierung will lediglich die lockersten Maßnahmen für Arbeitgeber ausweiten und verallgemeinern, indem sie jede Form der kollektiven demokratischen Beteiligung an der Entscheidungsfindung im Unternehmen unterdrückt.

Am 21. Juli hat die Regierung in erster Lesung ein erstes Maßnahmenpaket zur Flexibilisierung der Arbeitszeit verabschiedet. Weitere sind in Vorbereitung.

Nachtarbeit

Nachtarbeit (also die Arbeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr morgens) wird seit jeher von der Wissenschaft als schädlich für Gesundheit und Familie anerkannt. Seit 1921 ist sie verboten. Im Laufe der Zeit haben aufeinanderfolgende Regierungen Ausnahmen von dieser Regel für eine wachsende Zahl von Situationen oder Aktivitäten geschaffen. Damit ein Arbeitgeber jedoch in der Lage ist, die Nachtarbeit im Unternehmen effektiv zu organisieren (außer in Fällen höherer Gewalt), muss ein Abkommen mit den Arbeitnehmern verhandelt werden (oder wenn es keine Delegation im Betrieb gibt, mit den Gewerkschaften, die in einer paritätischen Kommission sitzen). Es gibt also einen kollektiven Riegel. In der Tat sind kollektive Verhandlungen eine Reaktion auf die Unterordnung der Arbeitnehmer. Sie ermöglichen es, eine Entschädigung für Nachtarbeit zu erhalten: stabile Arbeitsverträge (mit unbefristeten Verträgen), machbare Arbeitszeiten (die rechtzeitig im Voraus mitgeteilt werden), finanzielle Entschädigungen, das Recht auf Rückkehr zu einem Tagessystem usw. Heute will die Arizona-Regierung überall Nachtarbeit erlauben, unabhängig von der Art der Tätigkeit, die das Unternehmen ausübt. Unter dem Druck der Konsumgesellschaft müssten die Beschäftigten im Einzelhandel jeden Tag nach 20 Uhr arbeiten. Schlimmer noch: Um die „Wettbewerbsfähigkeit“ der Vertriebs-, Transport- und Logistikunternehmen zu fördern, würde nicht nur der kollektive

Riegel abgeschafft, sondern würden sogar Verhandlungen über die Gewährung von Prämien für Arbeit zwischen 20 Uhr und Mitternacht und zwischen 5 und 6 Uhr verboten! Die Regierung würde damit die Einkommen der betroffenen Arbeitnehmer brutal kürzen und gleichzeitig das Recht auf Kollektivverhandlungen, das ein anerkanntes Grundrecht ist, frontal angreifen. In dem Versuch, die Solidarität zwischen „Alten“ und „Neuen“ zu brechen, würden Arbeitnehmer, die vor 2026 eingestellt werden, verschont bleiben.

Überstunden

Die Regierung will die Überstunden auf bis zu 360 Stunden pro Jahr und Arbeitnehmer ohne Ausgleichsruhezeit erhöhen und ohne vorherige Zustimmung der Gewerkschaftsdelegation der Betriebe. Dies entspricht einer Erhöhung der Arbeitszeit um circa 7 Stunden pro Woche. Die Regierung beharrt auf dem „freiwilligen“ Aspekt dieser Überstunden. In vielen Unternehmen ist es jedoch schwer vorstellbar, dass ein Arbeitnehmer sich weigert, Überstunden zu machen, wenn sein Chef ihn fragt. Sobald der Arbeitgeber die Zustimmung des Arbeitnehmers (gültig für ein Jahr mit einer Kündigungsfrist von zwei Monaten) erhalten hat, kann er jederzeit Überstunden auferlegen. Damit diese Überstunden als vorteilhaft wahrgenommen werden, will die Regierung sie von den Sozialversicherungsbeiträgen und dem Berufssteuervorabzug (brutto = netto) befreien. In Wirklichkeit wird der Arbeitnehmer über den Tisch gezogen. Denn wenn sich kein Arbeitnehmer freiwillig zu diesen Stunden bereit erklären würde, müsste der Arbeitgeber „normale“ Überstunden verlangen. Diese berechtigen den Arbeitnehmer im Gegensatz zu „freiwilligen“ Überstunden

zu (bezahlten) Ausgleichsruhezeiten, einem Lohnzuschlag von 50 % oder 100 % (wenn an einem Sonn- oder Feiertag gearbeitet wird) und einer Steuerermäßigung (57,75 %). Der Lohnzuschlag wird bei der Berechnung des doppelten Urlaubsgeldes und der sozialen Rechte (Rente, Krankengeld, Arbeitslosengeld usw.) berücksichtigt. Der Rückgriff auf „freiwillige“ Überstunden ermöglicht es dem Arbeitgeber, weniger Sozialbeiträge zu zahlen, was einen Verlust für die soziale Sicherheit darstellt. Kurzum: Wie so oft bei der Lohnoptimierung gewinnt der Chef finanziell und geht kein Risiko ein, während der Arbeitnehmer finanziell verliert und alle Risiken trägt.

Mindestarbeitszeit

Derzeit dürfen Arbeitgeber keine Arbeitsverträge für weniger als ein Drittel einer Vollzeitbeschäftigung anbieten, anderenfalls drohen Geldstrafen. So soll ein Mindesteinkommen für Teilzeitbeschäftigte gewährleistet werden. Ausnahmen gibt es für bestimmte gelegentliche oder kurzfristige Tätigkeiten (insbesondere für Studentenarbeit), in Konfigurationen, die den Arbeitnehmern Garantien bieten, oder mit Zustimmung einer Gewerkschaft. Die Regierung will diese Mindestarbeitszeit abschaffen. Der Arbeitgeber könnte daher für einige Stunden pro Monat oder pro Jahr (mindestens 3 Stunden pro Dienst, von Ausnahmen abgesehen) einstellen, ohne Schutzmaßnahmen für die Arbeitnehmer und ohne gewerkschaftliche Kontrolle. Dies öffnet Tür und Tor für „Verträge auf Abruf“ oder „0-Stunden-Verträge“: Der Arbeitnehmer kennt nicht die Anzahl der pro Tag, pro Monat oder pro Jahr zu leistenden Stunden, muss aber jederzeit mit einem möglichen Anruf seines Arbeit-



gebers rechnen, der ihn so lange beschäftigt, wie er es für nützlich hält.

Arbeitsordnung

Nach Ansicht der Regierung soll die Arbeitszeit nicht mehr in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. Unter dem Deckmantel der Vereinfachung der Verwaltung handelt es sich in Wirklichkeit um eine Individualisierung der Beziehung zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber und um eine Umgehung des sozialen Dialogs im Unternehmen, da die Änderung der Arbeitsordnung (um neue Arbeitszeiten einzutragen) derzeit in Absprache mit den Arbeitnehmern und/oder ihren Vertretern erfolgen muss.

Jahresarbeitszeit

Die Regierung will die Referenzperiode für die Berechnung der Arbeitszeit ändern. Vom Quartal würden wir zum Jahr übergehen, ohne sozialen Dialog. Zum Beispiel könnte eine Verkäuferin, die für 24 Stunden pro Woche eingestellt ist, gezwungen sein, in der Hochsaison (November-Dezember) 36 Stunden pro Woche zu arbeiten und dann 10 Stunden pro Woche in den ruhigen Zeiten des Jahres (Februar-März). Für diese langen Arbeitstage gäbe es keinen Zusatzlohn, im Gegensatz zur derzeitigen Situation, in der die vorübergehende Erhöhung der Arbeitszeit durch Änderungen des Arbeitsvertrags oder Überstunden erfolgt. Durch die Verteilung der Arbeitszeit über ein Jahr, ohne kollektive Verhandlungen, ermöglicht die

Reform den Arbeitgebern vor allem, die Lohnkosten auf Kosten der Einkommen der Arbeitnehmer sowie ihres Privat- und Familienlebens zu senken.

12-Stunden-Tag

Schließlich hat Minister Clarinval einen Textentwurf vorgelegt, der die Arbeit bis zu 12 Stunden pro Tag und 50 Stunden pro Woche (ohne Lohnzuschlag) genehmigen will, wobei die Arbeitszeiten nur 3 Tage im Voraus mitgeteilt werden. Dies soll mittels einer einfachen individuellen Vereinbarung möglich werden. Eine solche Flexibilität könnte in allen Unternehmen eingeführt werden, ohne dass soziale Konzertierung erforderlich ist. Wir müssen uns den sozialen Rückschritt vor Augen halten, den das bedeutet. Der 12-Stunden-Tag wurde im neunzehnten Jahrhundert abgeschafft. Heute ist er nur noch in sehr seltenen Fällen höherer Gewalt zulässig (zum Beispiel bei einem stattgefundenen oder drohenden Unfall oder Schaden an Maschinen oder Anlagen). Ein solches Projekt lässt die reale Möglichkeit eines Arbeitsrechts durchblicken, das die Ausbeutung von Arbeitskräften nicht mehr einschränkt, sondern auf einige wenige Mindestregeln reduziert, die gerade notwendig sind, um die Rechtssicherheit der Hyperflexibilität der Arbeitskräfte zu gewährleisten.

Unsere Alternative

In der Vergangenheit wurde die Flexibilität hauptsächlich auf sektoraler Ebene

ausgehandelt. Im Laufe der Zeit hat sie sich auf Unternehmensebene verlagert, und heute mehr und mehr auf die Ebene des Einzelnen, da es auf den höheren (und schützenden) Verhandlungsebenen nichts mehr zu verhandeln gibt. Nachdem die Regierung den Arbeitnehmervertretern und Gewerkschaften (mit dem Gesetz, das die Löhne einfriert) die Lohnverhandlungen entzogen hat, nimmt sie ihnen nach und nach die Verhandlungen über Arbeitszeit und Flexibilität weg.

Gleichzeitig nimmt die Arbeitszeit ständig zu. Mit der derzeitigen technologischen Revolution hat die Menschheit eine beispiellose Fähigkeit erreicht, mit weniger Zeit und weniger körperlicher Anstrengung Wohlstand zu schaffen. Paradoerweise erschöpft uns jedoch das, was uns befreien sollte. Statt den Menschen zu entlasten, wird die Technik als Instrument zur Intensivierung der Arbeit oder gar zur Vernichtung von Arbeitsplätzen eingesetzt. Es reicht nicht aus, für Löhne zu kämpfen. Wir müssen für die Zeit kämpfen: Zeit zum Leben, zum Atmen, um keine Maschine zu sein. Die kollektive Verkürzung der Arbeitszeit, ohne Lohn einbußen und bei gleichzeitigem Erhalt von Arbeitsplätzen: Das ist unser politischer Horizont!

NOVEMBER-AUFRUF



Drei Streiktage am 24., 25. und 26. November

In der vergangenen Woche beteiligten sich über 120.000 Menschen an dem Laufbahnmarsch in Brüssel, um ihre Besorgnis über die Maßnahmen der Arizona-Regierung auszudrücken. Am selben Tag übermittelten die Gewerkschaften in Gemeinschaftsfront einen Brief an Premierminister De Wever und an die Vizepremierminister. Trotz des Ausmaßes der Mobilisierung erhielten wir keinerlei Reaktion – nur ohrenbetäubendes Schweigen seitens der Regierung.

Noch schlimmer: Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen präsentierte der Premierminister ein schwer verdauliches Maßnahmenpaket, das Familien und Arbeitnehmer erneut hart treffen würde: eine Aussetzung der Indexierung, weitere Einsparungen bei den Renten, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer,... Und das zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen zum Abbau der sozialen Sicherheit und des Arbeitsmarktes. Das Chaos rund um die Rentenmaßnahmen ist mittlerweile enorm. Mehr als die Hälfte der Frauen in unserem Land wird vom Renten-Malus betroffen sein. In Bezug auf Flexibilität und Arbeitszeit hat die Regierung bereits zahlreiche harte und ungerechte Maßnahmen vorgeschlagen.

Nach der Großkundgebung am 14. Oktober ist ein neuer Schritt notwendig. Mit dem „November-Aufruf“ planen die Gewerkschaften daher drei Streiktage am 24., 25. und 26. November in den öffentlichen und privaten Sektoren.

Am Sonntag, dem 23. November, rufen CSC, FGTB und CGSLB zur massiven Teilnahme an der nationalen Mirabal-Demonstration gegen geschlechtsspezifische Gewalt auf. Danach wird die Arbeit wie folgt niedergelegt:

24/11: Streik Eisenbahn und öffentlicher Nahverkehr

25/11: Streik öffentliche Dienste

26/11: Nationalstreik

Diese drei Streiktage sind ein Appell an Premierminister De Wever und die gesamte Regierung, den sozialen Abbau zu stoppen. Diese Maßnahmen wurden noch nicht verabschiedet – es ist also noch Zeit, sie zu korrigieren!

Die Gewerkschaften fordern von Premierminister De Wever und der Regierung endlich überzeugende Alternativen: mehr Steuergerechtigkeit durch eine Vermögenssteuer auf große Vermögen, eine Steuer auf digitale Aktivitäten der Tech-Giganten und eine ernsthafte Prüfung der milliardenschweren Subventionen für Unternehmen. Schließlich fordern sie eine einfache Regel: Jeder Lohn muss Sozialversicherungsbeiträgen unterliegen – unabhängig davon, ob er über eine Managementgesellschaft gezahlt wird oder nicht.

Kurz gesagt: ein gemeinsamer Aufruf für mehr Gerechtigkeit und die Wiederherstellung eines starken Sozialvertrags. Ein Aufruf zur Einheit statt zur Spaltung.

Marsch für Gleichheit und Solidarität

Am 17. Oktober, dem Weltarmutstag, fand in Namur ein Marsch für Gleichheit und Solidarität statt. Zentrales Thema war der Ausschluss Tausender Menschen vom Arbeitslosengeld. Während in Belgien 180.000 Menschen kurz davorstehen, vom Arbeitslosengeld ausgeschlossen zu werden, erinnert der Weltarmutstag daran, dass hinter den abstrakten Zahlen Menschen und Familien stehen, die durch ihren Lebensweg geschwächt sind.



Rote Karte für Deregulierung

Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), den europäischen NGOs und der Europäischen Koalition für Unternehmensgerechtigkeit haben die NGO WSM (We social movements) und die CSC an der #BackToTheFuture-Kundgebung teilgenommen, um sich für ein gerechtes und nachhaltiges Europa einzusetzen. Unter dem Vorwand der Wettbewerbsfähigkeit schwächt die EU-Kommission Gesetze, die Arbeitnehmer, die Umwelt und die Menschenrechte schützen. Diese Politik kommt nur Mega-Unternehmen und deren Aktionären zugute.

Die Botschaft ist klar: „Starke Gesetze für eine gerechte Gesellschaft“. Wir fordern Regeln für Unternehmen, Rechte für Menschen; verbindliche Klimaverpflichtungen für Unternehmen; die Achtung sozialer und menschenrechtlicher Standards weltweit sowie Zugang zu Wasser, sauberer Luft und lebendigem Boden.

